

Arguliner zur Kommunalwahl 2026

Am 15.3.2026 wird in Hessen gewählt, für uns geht es dabei um unsere politische Verwurzelung in Hessen, anders als in vielen anderen Bundesländern sind wir in Hessen in vielen Kommunen stark vertreten. Diese Verwurzelung vor Ort ist unerlässlich, um solide Wahlkämpfe fahren zu können und mit persönlicher Bekanntheit zu punkten. In der Kommunalpolitik bestimmt Ihr vor Ort. Es gibt viele unterschiedliche Probleme und viele unterschiedliche Lösungen. Viele Probleme sind aber in ihrer Grundstruktur sehr ähnlich. Mit diesem Arguliner wollen wir Euch einige Ideen, Lösungen und typische Probleme mit an die Hand geben, die in vielen Kommunen Anwendung finden können. Am wichtigsten ist aber: Kennt die Probleme und Lösungen bei Euch vor Ort.

Moderne Schulen für moderne Bildung

Reparaturbudget für Schulen

Die Schulgebäude und damit auch die Instandhaltung sind Aufgaben der Landkreise. In vielen Kreisen müssen sich Schulen jede Reparatur durch das Kreisamt genehmigen lassen, das kostet Zeit und Geld und führt zu kaputten Schulen. Wir fordern deshalb, dass Schulen Reparaturen unterhalb des Ausschreibungslimits aus einem eigenen Budget ohne den Kreis selbstständig durchführen dürfen.

Zuständigkeit: Die Kreise als Träger der Schulgebäude

Budgets des Landes für die Schulträger

Den Kreisen fehlt häufig das Geld, um die Schulen vernünftig auszustatten. Um zu verhindern, dass Schulen in die Zwangslage kommen, sich entweder nicht mehr finanzieren zu können oder die Schulen verkommen zu lassen, muss das Land den Schulträgern direkt Geld zur Verfügung stellen. Auch privates Sponsoring von Schulen muss besser möglich werden.

Zuständigkeit: Das Land Hessen

Laufende Kitas 24/7

Online einsehbare Kita-Kapazitäten und Tauschbörsen

Eltern verlieren oft wertvolle Zeit durch intransparente Vergabesysteme und fehlende Informationen über freie Kita-Plätze. Wir fordern zentrale, digitale Plattformen, auf denen freie Kapazitäten in Kitas kommunal einsehbar sind. Ergänzend sollen Tauschbörsen ermöglicht werden, über die Eltern Betreuungsplätze flexibel tauschen können, wenn sich Arbeitszeiten oder Lebensumstände ändern. Das erhöht Effizienz, Transparenz und Planungssicherheit für Familien.

Zuständigkeit: Städte und Gemeinden

Betriebskitas vereinfachen mit einer Widerspruchslösung

Wir wollen es vereinfachen, Betriebskitas zu errichten, um Eltern auf den Betrieb angepasste, flexible Betreuungsmöglichkeiten zu bieten. Für entsprechende Anträge sollen Widerspruchsmöglichkeiten etabliert werden.

Zuständigkeit: Städte und Gemeinden

Mitgestalten statt nur Mitreden

Wahlrecht ab 16

Wer arbeiten darf, Steuern zahlt und von politischen Entscheidungen unmittelbar betroffen ist, muss auch mitentscheiden dürfen. Junge Menschen sind politisch interessiert und engagiert – ihnen fehlt jedoch oft die formale Beteiligung. Das Wahlrecht ab 16 bei Kommunalwahlen stärkt demokratische Teilhabe, politische Bildung und langfristiges Engagement vor Ort. Demokratie lebt vom Mitmachen und nicht vom Aussperren.

Zuständigkeit: Land Hessen

Echte Jugendparlamente

Wir wollen starke Jugendparlamente. Sie sollen autonom agieren und über ein Antragsrecht im Gemeindeparlament verfügen. So können auch schon unter 18-Jährige aktiv Kommunalpolitik mitgestalten. Besetzt werden sollen diese durch Listenwahlen, um bereits früh junge Menschen an das politische System heranzuführen, das auf Parteien und Listen basiert. Eine künstliche Ablehnung dieser bei Jugendparlamenten ist kontraproduktiv und schafft Aversionen gegen unsere Parteiendemokratie.

Zuständigkeit: Städte und Gemeinden

Freie Fahrt Richtung Zukunft

Mobilität bedeutet Freiheit. Wer nach 20:00 nicht aus dem Dorf weg oder in dieses zurückkommt, kann sein Leben nicht selbstbestimmt leben. Deshalb braucht es überall funktionierende Mobilität. Deshalb setzen wir in der kommunalen Verkehrspolitik auf einen pragmatischen Mix aus ÖPNV, Radverkehr, Auto, Fußgängern und neuen Mobilitätsformen wie E-Rollern. Verkehrsträger dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

ÖPNV stärken

Wir setzen uns für einen landesweiten Tarifverbund ein, ergänzt durch Luftlinientarife und vollständig digitalisierte Tickets mit automatischer Bestpreisabrechnung. Wer Bus und Bahn nutzt, darf nicht Tarifexperte sein müssen. Attraktivität entsteht außerdem durch dichtere Takte, mehr Platz, kostenloses WLAN sowie grundlegende Hygienestandards wie Desinfektionsspender.

Ergänzend wollen wir Busverbindungen und On-Demand-ÖPNV ausbauen, insbesondere im ländlichen Raum, um den ÖPNV dort effizienter zu machen. Mindestpreise für Taxis lehnen wir ab. Stattdessen wollen wir mehr Wettbewerb ermöglichen und die Regelungen für Anbieter wie Uber oder Bolt lockern. In Städten mit hohem subjektivem Unsicherheitsgefühl sollen Frauentaxis in Modellprojekten getestet werden.

Zuständigkeit: Städte und Gemeinden für Stadtbusse, darüber hinaus der Kreis

Smarte Verkehrssteuerung statt Verbote

Staus, Lärm und unnötige Emissionen lassen sich nicht allein durch Einschränkungen lösen. Wir setzen auf smarte, digitale Lösungen wie intelligente Ampelschaltungen, digitale Zebrastreifen und bedarfsgerechte Beleuchtung machen den Verkehr flüssiger und sicherer.

Auch bei der Parkraumbewirtschaftung setzen wir auf Sensorik und KI, um Suchverkehre zu reduzieren, den Verkehrsfluss zu verbessern und CO₂-Emissionen zu senken.

Straßenbau muss dabei barrierefrei, effizient und zügig vorankommen.

Straßenausbaubeiträge lehnen wir ab, denn diese verlagern eine Staatsaufgabe auf den einzelnen Bürger und stehen insbesondere bei Hauptstraßen in keinem Verhältnis zum Anteil der Nutzung durch die Anwohner.

Solide Haushalte: Verantwortung statt Verschwendung

Die hessischen Kommunen haben zusammen knapp 40 Milliarden Euro Schulden. Allein die immer weiterwachsenden Pflichtaufgaben zu erfüllen, belastet die finanziellen Ressourcen vieler Kommunen bereits stark bis vollständig aus. Kommunen sind nicht in der Lage aus eigener Kraft ihre Haushalte zu sanieren. Das macht nachhaltiges Wirtschaften, selbst wenn der Wille vor Ort da ist, so gut wie unmöglich und stellt insbesondere uns Liberale in der konkreten politischen Arbeit und der Außenwirkung vor Herausforderungen.

Kommunen für Pflichtaufgaben des Landes bezahlen

Immer neue Pflichtaufgaben werden von Land oder Bund beschlossen, ohne für eine vollständige Finanzierung zu sorgen. Diese Praxis überfordert Kommunen strukturell und führt zu steigender Verschuldung oder Leistungsabbau vor Ort. Wir fordern daher das strikte Konnexitätsprinzip: Wer bestellt, bezahlt. Neue Aufgaben dürfen nur übertragen werden, wenn ihre Finanzierung dauerhaft und vollständig gesichert ist. Die Überfrachtung mit Pflichtaufgaben ist eine ernste Gefahr für die kommunale Selbstverwaltung und schränkt die gewählten Vertreter vor Ort massiv ein.

Unsere Kommunen sind keine vorgelagerten Behörden des Landes und dürfen zukünftig nicht so behandelt werden.

Beispiele für solche Pflichtaufgaben sind die Kita-Finanzierung, die Schulgebäude oder die Versorgung von Flüchtlingen. Dabei ist nicht jede Aufgabe vor Ort per se falsch angesiedelt, aber die Menge an neuen und größeren Pflichtaufgaben schränkt die Kommunen massiv ein.

Zuständigkeit: Bund und Land

Echte Freiheit statt Fördertöpfe

Anstatt die Kommunen ausreichend zu finanzieren, legen Bund und Land unzählige Förderprogramme auf. So kann Kommunalpolitik verstärkt nur das umsetzen, was den Planern in Wiesbaden und Berlin genügt, auch damit muss Schluss sein.

Zuständigkeit: Bund und Land

Bezahlbarer Wohnraum

Kosten so weit wie möglich senken

Durch viele Vorschriften wird Bauen unnötig verteuert. Nachverdichtung und Aufstockung müssen einfach möglich sein. Brandschutz ist auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Die in Stellplatzsatzungen festgelegten benötigten Stellplätze für Autos pro Wohneinheit können auf 0 festgelegt werden. Damit nicht mehr für jede Wohneinheit Parkplätze gebaut werden müssen, ob diese nun benötigt werden oder nicht.

Zuständigkeit: Stadt und Kommune

Genehmigung für private Bauprojekte nach sechs Wochen

Damit Privatpersonen nicht Monate auf die Genehmigung eines Bauantrages warten müssen, sollen Anträge sechs Wochen nach dem Einreichen als genehmigt betrachtet werden. Das schafft Planungssicherheit und hält die Kommunen dazu an, Bauanträge zügig zu bearbeiten.

Zuständigkeit: Das Land Hessen

Verwaltung – funktional & digital

Zuse-Boxen

Wir wollen an allen hessischen Bürgerämtern die sogenannten „Zuse-Boxen“ einrichten. Eine Art Paketstation, an der sich die Bürger Dokumente eigenständig mit einem Code abholen können, um Abholtermine zu vermeiden. Wo solche Angebote bereits bestehen, wollen wir sicherstellen, dass sie rund um die Uhr nutzbar sind.

Zuständigkeit: Städte, Gemeinden und Kreise

Gremiensitzungen livestreamen

Im Jahr 2026 sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Gremiensitzungen auch digital verfolgt werden können. So wird der direkte Kontakt mit Kommunalpolitik niedrigschwelliger. Die Kosten sind gemessen am Nutzen sehr gering.

Zuständigkeit: Städte, Gemeinden und Kreise

Sichere Kommunen

Öffentliche Einrichtungen wie kommunale Schwimmbäder, Sporthallen oder Jugendzentren sind Orte der Begegnung für alle. Voraussetzung für ihre Nutzung ist jedoch die Anerkennung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie ein respektvolles, verantwortungsbewusstes Verhalten gegenüber anderen. Offenheit, Freiheit und Liberalität setzen gegenseitigen Respekt voraus. Wer wiederholt gegen diese Grundregeln verstößt oder durch strafbares Verhalten auffällt, muss mit konsequenten Maßnahmen rechnen. Kommunen sollen daher die notwendige Autonomie erhalten, um wirksame und verhältnismäßige Hausverbote aussprechen zu können.

Zuständigkeit: Das Land Hessen

Attraktive Innenstädte

Lebendige Innenstädte statt Leerstand

Der Stadtkern ist das Herz jeder Kommune. Das fortschreitende Innenstadt-Sterben gefährdet wirtschaftliche Vielfalt, kulturelles Leben und soziale Begegnung. Wir fordern daher eine Initiative für lebendige Innenstädte. Dazu gehört, Gastronomiebetrieben die Außenbewirtung deutlich zu erleichtern und bürokratische Hürden abzubauen.

Leerstehende Handelsflächen sollen flexibel genutzt werden können: Kleine Flächen durch Pop-Up-Stores, Start-ups und kulturelle Zwischennutzungen, große Immobilien – etwa ehemalige Warenhäuser – durch einfache Umnutzung. Dafür braucht es praxisnahe Ausnahmeregelungen, insbesondere im Brandschutz. So schaffen wir Raum für Kultur, Gewerbe, Handwerk, Einzelhandel und neue Begegnungsorte.

Club- und Festivalkultur als Standortfaktor anerkennen

Clubs, Dorfkneipen und Live-Spielstätten sind ein unverzichtbarer Teil urbaner und ländlicher Kultur. Ihr Verschwinden schwächt besonders die Attraktivität für junge Menschen. Clubkultur ist Kulturgut und muss auch als solches behandelt werden. Wir lehnen es ab, Clubs durch immer strengere Auflagen bei Öffnungs-, Schließ- und Nachtruhezeiten weiter unter Druck zu setzen.

Für Großstädte fordern wir zusätzlich die Einrichtung von Festivalplätzen oder Mehrzweckhallen, um auch größere Kultur- und Musikveranstaltungen zu ermöglichen.

Eine vielfältige Nacht- und Festivalkultur stärkt Wirtschaft, Kreativszene und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Zuständigkeit: Städte, Gemeinden und Kreise

Auch vor Ort in Europa

Städte und Kreispartnerschaften sind eine tolle Möglichkeit, gemeinsame Geschichten von Städten zu würdigen. Wir wollen diese ausbauen, besonders mit osteuropäischen Städten und den Städten weiterer westlicher Wertepartner. Denkbar sind auch Partnerstädte in Taiwan.

Nicht nur Bund und Land bieten Förderprogramme: Die Kommunen können auch europäische Förderprogramme wahrnehmen, etwa um den Übergang zur Klimaneutralität zu vereinfachen. Als Beispiele sind hier EFRE und JTF zu nennen.